№ 36. Donnerstag den 12. Februar 1846.

Zeitung

des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

(Die neue Zollreform in England) — Können wir mit einem Blick den Anfang aller Geschichten bis heute übermessen, so erkennen wir die Arbeit als nächsten Zweck, und wieder als bloßes Mittel zu höheren Zwecken. Mittel und Zweck zugleich, das ist ihr Wesen. Nur der Schwäche ist sie eine Last, aber der Kraft die Athemzüge des Lebens. Das ganze Geheimniß der Mischung von Verlangen und Gewähren ist ausersehen, um die Menschenschöpfung zur Arbeit, und durch die Arbeit zu höheren Zielen zu lenken. Die Theilung der Welt in häusliche, in Länder- und Völkerfamilien, in Nationen, war eben nur ein Förderungsmittel der Abeit, die Erschaffung des Kampfplatzes. Es ist klar, daß die Nationen sich als arbeitende Einheiten bewußt werden sollen im gemeinsam verbundenen Streben, ihr Arbeitsterrain gegen schwächendes Eindringen zu schützen, das eigene aber über den ganzen Erdenrund auszudehnen. Für sie nur als wachsende Entwickelung, für die Andern aber als Erweckung der Keime zu gleichem Streben, zum Widerstande, zur Belebung der Concurrenz, zum gleichzeitigen Ringen nach der nämlichen Palme.

Die Kinder werden erzogen durch Arbeit. Es ist ein köstlicher Anblick, wenn nach vollendeter Erziehung, der Jüngling aus den schützenden Schranken, welche seine Kindheit umgaben, frei heraustreten kann, um es aus eigner Kraft mit der ganzen Welt aufzunehmen. — Sir Robert Peel streift jetzt dem großen Brittenvolke die jugendlichen Kleider ab, und die reifgewordenen Männer dürfen nun mit dem ungeheuren Reichthum geistiger und materieller Entwickelung, die sie unter der Fürsorge des bisherigen Schutzes erwarben, jetzt größer als dieser Schutz, sich mit eigner freier Faust auf die Völker der ganzen Erde werfen.

Es liegt ein wundervoller Klang in dem Namen der Freiheit. Aber ein anderes ist die Idee, die abstracte, leere, inhaltlose Form; ein anderes das Wesen und der Kern, welcher die ihm entsprechende Form und darin die Freiheit gefunden hat, deren er bedarf. Deutschland wird noch durch die Britten den Unterschied dieser ideellen und reellen Freiheit verstehen lernen, wenn nämlich seine Ideologen es dazu kommen lassen. Diese mögen nicht leben ohne eine System, und ähnlich den alten Scholastikern mit ihren Universalien ante rem, können sie nicht abwarten, ob post rem etwa ein System herauszubringen ist. Anders aber ist es mit den Bedingungen des nationalen, wie des individuellen Lebens. Dieses nimmt das, und nur das, was gerade mit Gewinn der Augenblick darbietet. So bietet z. B. die Baumwolle für jetzt den größten Gewinn. Warum soll Deutschland nicht die Hand darnch ausstrecken, und, bis es gleich England dem industriellen Schutze entwachsen ist, nicht den Englischen Twisten einen Zoll von 8 bis 10 Rthlrn. entgegensetzen? Soll es dem Gewinne und dem Schutze entsagen, um die Freiheit zu behalten, die Freiheit des Nichts? Wenn England für Twiste jährlich gegen zwanzig Millionen Thaler aus Deutschland zieht, so bezahlen wir diesen Theil unserer Freiheit offenbar zu theuer. Vielleicht verlieren wir noch eben so viel dadurch, daß wir, statt der Twiste aus England, die rohe Baumwolle, fast gegen 1000 Schiffsladungen, nicht selbst aus Amerika holen, um dagegen unsern Exporten die reichsten überseeischen Märkte zu sichern.

Jedes Ding hat hier seine konkreten Motive, und bedarf keines Systems. Um die Twiste abzusperren, um die Baumwollen-Industrie überhaupt zu schützen, ist es nicht erforderlich, systematischer Ideologie halber Consequenz zu machen, und auch andere Artikel, denen gleich starke Motive fehlen, den Twisten gleich zu stellen. Wenn auch kein Stück sonst hinzuträte, würden die Twist- und Baumwollenzölle für sich allein auf der finanziellen Mauthlinie recht gut aufrechtstehen. England selbst mit seiner jungen Handelsfreiheit, würde dies billigen in der Person derjenigen Englischen Spinner, die sich beeilten, ihre Maschinen zusammenzulegen, um selbige hinter der Deutschen Schutzlinie wieder aufzustellen, und mit ihrer Ueberlegenheit zwar den ersten Gewinn zu holen, aber auch zugleich die Oede unserer Landstädte mit dem Geräusch des thätigen Reichthums zu füllen. Dem Engländer geht der Kern über die Form.

Aber wer vergütet den Schaden, den Jammer der Consumenten, wenn in den ersten Uebergangsjahren die höchste Feinheit der Twiste vermißt, und in hohen Toiletten der Faden mit unbewaffnetem Auge sichtbar würde? — Nein, eben die, welche durch eine temporäre Verkürzung am Luxus augenblicklich am heftigsten leiden, haben auch von den befestigten Garantien verstärkter Volkskraft und Sicherheit, von der politischen Erhöhung, Kräftigung und Einheit Deutschlands den nächsten und größten Gewinn, einen Gewinn, der jeden Toilettenschmerz austilgt. Sie hören dann auf, Bestandtheile einer misera plebs contribuens zu sein, wofür bisher die Deutschen in Europa gelten.

Es ist hochbezeichnend, daß Sir Robert Peel in der Aufgebung der für England abgenutzten Schutzzölle, nicht auch zugleich der Navigationsacte gedenkt, dieses Prohibitionsgesetzes für alle indirekte Zufuhr fremder Schiffe. — Deutschland begehrt nicht einmal die Strenge des absoluten Verbots in der Englischen Navigationsacte, sondern ist schon mit dem schützenden Differentialzoll etwa (von 2 Rthlr. pr. Centner) befriedigt. Ist das seemächtige England, dessen Schiffe alle Meere bedecken, noch nicht seemächtig genug, um mit den übrigen Prohibitivgesetzen auch die Navigationsacte über Bord zu werfen? oder sie bis zur Möglichkeit einer Concurrenz zu mildern? — In der Navigationsacte liegt ein guter Theil von dem Geheimnisse seiner Macht. Sie ist der Anker, an welchem England befestigt ist. Für Deutschland würde die Navigationsacte ein zweiter Doppeladler werden, der das Reich zusammenhält, und es gegen seine Feinde schützt. Aber das ist die so oft hervortretende Schwäche Deutscher Staatsmänner und Publicisten, daß sie über die innere Politik wenig hinauskommen, in constitutionellen Strebungen u. s. w. sich verdienstlich zu erschöpfen meinen, und die nationale Constituirung zur Geltung nach Außen, die äußere Politik der Deutschen Verbündung kaum ins Auge fassen, oder gar ihren Elementen, dem maritimen und industriellen Schutze, entgegenwirken. Ohne auswärtige feste Stellung giebt es nun einmal politisch keinen innern Werth. Was hilft doch dem das Ritterthum, der seine Glieder nicht zusammen hat. Das Lächeln des Auslandes bezeichnet das am besten, seine äußerste Gleichgültigkeit bei allen kleinen Explosionen im Innern der einzelnen Staaten. Nur dann erwacht bedeutungsvoll im Auslande die Eifersucht, wenn die Elemente nationaler Machtentwickelung in Fluß zu kommen drohen, wenn eine Navigationsacte, eine See- und Handelseinigung Deutschlands ihr Entstehen sucht, und ihre Interessen- und Machteinheit als imposantes Ganzes dem Auslande gegenüberstellen will. Nichts aber könnte in Deutschland eine Navigationsacte stärker beschleunigen, als die Reformen des Sir Robert Peel. Durch die beträchtliche Herabsetzung der Preise der Nahrungsmittel und Rohstoffe, muß das Englische Uebergewicht auf den Weltmärkten so unermeßlich wachsen, daß die Unterdrückung der letzten Deutschen Handels- und Exportenconcurrenz damit entschieden ist. Dazu die Freihandelslehre zu Gunsten des neu gestärkten Englands im Innern Deutschlands, das bald, wenn nichts dazu geschieht, einem politisch-romantischen Trümmerhaufen ähnlich sehen könnte, mühsam zusammengehalten nur durch die gegenseitige Mißgunst der Andern.

Aber es wird sich anders gestalten. — Wenn für England die Navigationsacte der eigentliche Angelpunkt seiner Weltherrschaft ist, so wird eine ähnliche Acte Deutschland mindestens in eine Europäische Stellung setzen, die schon in sich selbst genügt. Jene Acte ringt sich trotz der befangenen Widerstrebungen hervor, auch wenn nicht eine großartige nationale Auffassung — wie solche den Donau-Main-Kanal, die Anschließung des Südens an den Norden über die zwischenliegende Kluft, und die Uebernahme der großen Eisenbahnen auf den Staat zu Stande brachte — an der Spitze steht.

Die neueste Nummer der Gesetz-Sammlung (Nr. 3.) enthält nachstehende

beide Kabinetsorders: 1) Allerhöchste Kabinetsorder vom 23. December 1845, betreffend die Ausschließung derjenigen Preußischen Unterthanen von jeder künftigen Anstellung im Vaterlande, welche sich im Auslande zu Priestern weihen lassen:

„Da es sich verschiedentlich gezeigt hat, daß — der großen Erleichterungen ungeachtet, welche den Aspiranten des katholischen Priesterstandes hinsichtlich der Ableistung der Militairdienstpflicht eingeräumt worden, — dennoch sich Preußische Unterthanen zuweilen im Auslande zu Priestern weihen lassen, so muß ein solcher unerlaubter Schritt als ein Beweis der Absicht, sich den Unterthanenpflichten zu entziehen, angesehen werden, und — soweit nicht nach dem Gesetze wegen der Umgehung der Militairdienstpflicht eine besondere Strafe zu verhängen ist, — die Ausschließung von jeder künftigen Anstellung im Vaterlande zur Folge haben. Die Ministerien des Krieges, der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Justiz haben dies in vorkommenden Fällen zu beachten, und gegenwärtige Order durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen.

Charlottenburg, den 23. December 1845. Friedrich Wilhelm.

An die Ministerien des Krieges, der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Justiz."

2) Allerhöchste Kabinetsorder vom 31. December 1845, die allgemeine Militairpflicht der Juden betreffend:

„Auf den Antrag des Staats-Ministeriums vom 8ten v. Mts. bestimme Ich hierdurch, daß die Juden fortan der allgemeinen Militairpflicht auch in denjenigen Landestheilen, in welchen sie von derselben bisher noch befreit gewesen sind, unterworfen sein sollen; es soll dagegen auch das Rekrutengeld wegfallen, welches die Juden in mehreren jener Landestheile bisher zu entrichten hatten. Die Bestimmungen des §. 14. der Verordnung vom 1. Juni 1833 wegen des Judenwesens im Großherzogthum Posen werden hierdurch aufgehoben. — Dieser Mein Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 31. December 1845.

An das Staats-Ministerium." Friedrich Wilhelm.

Posen den 10. Februar. Die heut ausgegebene Nummer (6) des hiesigen Amtsblattes enthält folgende Ober-Präsidial-Bekanntmachung, die Ausübung des Ernennungsrechts zu den katholisch geistlichen Stellen ꝛc. betreffend:

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 27. Juni v. J. ist die Ausübung des Ernennungsrechts zu den katholisch geistlichen Stellen landesherrlichen Patronats, so wie die Bestätigung der zu Stellen bischöflicher Collation oder Privatpatronats berufenen katholischen Geistlichen, soweit diese Befugnisse bisher den Königlichen Regierungen zugestanden haben, auf mich übergegangen. Dies mache ich mit dem Bemerken bekannt, daß Bewerbungen um Stellen landesherrlichen Patronates bei mir anzubringen sind. Posen, den 4. Januar 1846.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen. v. Beurmann.

* Berlin den 9. Februar. Mit Freude kann darauf hingewiesen werden, daß der von unseren Stadtverordneten gemachte Antrag auf Gehaltszulage hiesiger städtischer Lehrer in der letzten Sitzung, in welcher die Berathungen über diesen Gegenstand zum Schluß gebracht wurden, angenommen worden ist. Es wurde den Lehrern im Ganzen eine Gehaltszulage von etwa 2200 Thalern bewilligt. Wenn diese Summe auch nicht hinreichend sein dürfte, um den in Bezug auf diesen Gegenstand gemachten öffentlichen Anforderungen zu genügen, so ist wenigstens der Weg zu einer bessern äußern Stellung der Schullehrer durch die besagte Beschlußnahme angebahnt und das offene Geständniß abgelegt, daß die Wünsche, die in dieser Beziehung durch die Presse laut geworden sind, keine unbillige waren. Es steht nur zu hoffen, daß unsere Stadtbehörde in der Bereitwilligkeit, womit sie den öffentlichen Wünschen hinsichtlich dieses Gegenstandes ein geneigtes Ohr geliehen hat, nicht vereinzelt stehen bleibe, sondern daß die übrigen städtischen Behörden im Preußischen Staate durch das lobenswerthe Beispiel angeregt werden, ein Gleiches zu thun. Unser Kultus-Ministerium, welches eine bessere äußere Stellung der Lehrer fortwährend im Auge haben soll, ist leider durch manche Landstände in seinen Bemühungen nicht unterstützt worden, indem Letztere eine Zulage aus Mitteln der Provinz abgelehnt haben. Um so mehr dürfte also zu erwarten sein, daß die städtischen Behörden wenigstens in ihrem Bereiche sich bestreben werden, billigen Anforderungen zu genügen und einem mangelhaften, der Stellung der Lehrer nicht angemessenen Zustand abzuhelfen, der sich auf die Dauer an der bürgerlichen Gesellschaft selbst durch solche unbillige Zurücksetzung des Lehrerstandes rächen muß. — Wie man hört, hat die Wirksamkeit der Mäßigkeitsvereine in einigen Provinzen schon eine solche Bedeutung gewonnen, daß sie beträchtliche Ausfälle in den Staatseinkünften veranlaßt hat. — In Bezug auf die Widerlegung der Allg. Pr. Ztg. hinsichtlich eines Gerüchts, einen angeblichen Vorfall bei Gelegenheit einer Jagd betreffend, wird von bedeutenden Personen noch angeführt, daß der Vorfall um so weniger stattgefunden haben könne, als von Seite der hohen angeführten Person ein für allemal befohlen worden sei, daß die Jagden zur anberaumten Zeit beginnen sollen und die Theilnehmer der Jagd nicht erst die Anwesenheit derselben abzuwarten brauchen. Das Gerücht beruht mithin auf einer völlig haltlosen Grundlage und fällt daher in sich selbst zusammen. Jeden Redlichgesinnten, zu welcher politischen Meinung er sich auch immer bekennen möge, kann es nur tief betrüben, daß es Leute giebt, die zu Waffen ihre Zuflucht nehmen, deren Anwendung auch bei Privatpersonen von Jedem als unehrlich und verwerflich bezeichnet werden würde. Die öffentliche Meinung hat um so mehr das Recht, sich gegen solches unredliche Verfahren zu erheben, als sie von den Erfindern solcher Gerüchte auf eine unwürdige Weise gemißbraucht und gleichsam zum Besten gehalten wird. Von der Presse, der so oft Beschuldigten, ist übrigens das Gerücht nicht ausgegangen, indem dasselbe hier wirklich allgemein verbreitet war, bevor desselben in irgend einer Zeitung Erwähnung geschehen. Es läßt sich im Gegentheil nicht bezweifeln, daß die Presse, falls die Erfinder solcher Gerüchte entdeckt würden, die erste sein würde, welche den Stab über dieselben bräche. — Die hiesige Besser'sche Buchhandlung macht bekannt, daß sie ermächtigt sei, die bekannte Denkschrift: „Ein handels-politisches Testament", die nur in zwölf Exemplaren als Manuscript im December des vorigen Jahres erschien, in einer zweiten Auflage der Oeffentlichkeit zu übergeben. — Dr. Prutz beginnt morgen seine öffentlichen Vorlesungen über die Geschichte des Deutschen Theaters. Als Einleitung will derselbe das Verhältniß des Theaters zur Gegenwart darstellen, welches leider ein nicht sehr zu rühmendes ist, da das Deutsche Theater seine nationale Bedeutung fast gänzlich verloren hat und im Widerspruch mit der lebendigen Gegenwart durch seine Theilnahmlosigkeit steht.

Berlin. — In mehreren Zeitungen ist die Mittheilung von Nachrichten über die im Großherzogthum Posen jetzt stattfindende vorläufige Untersuchung auch eines Gerüchts Erwähnung geschehen, „wonach ein polnisches Mitglied des Ober-Landesgerichts zu Bromberg nach Posen abgeführt worden sei." Dieses Gerücht ist, wie hierdurch zuverlässig versichert wird, völlig grundlos.

Von den in den Sitzungen der Stadtverordneten am 2 und 4. d. M. zum Vortrage gekommenen Sachen, erwähnen wir zunächst des Verwaltungsberichts der Hundesteuer-Deputation für die Jahre 1844 und 1845, aus welchem sich die fortwährende Steigerung der Zahl der hier gehaltenen Hunde und der für dieselben gezahlten Steuer ergiebt. — Zur bessern Uebersicht der darin enthaltenen Daten ist zu bemerken, daß bei der Einführung dieser Steuer im Jahre 1830 4525 steuerpflichtige Hunde vorhanden waren, außerdem noch 1417, für welche die Steuerfreiheit ertheilt werden mußte,*), — daß solche hierauf bis zum Jahre 1835 sich auf 1928 verminderten, — daß hiernächst aber im Jahre 1836 wieder eine fortwährende Steigerung eintrat, und bei der Aufnahme Anfangs des Jahres 1845 die Zahl der steuerpflichtigen Hunde 4716, die der steuerfreien aber 1659 betrug, wobei noch im ersten Semester 1845 bei der Steuer-Buchhalterei 1035 steuerpflichtige Hunde direct gemeldet wurden. — In gleichem Maße sank und stieg auch wieder die Einnahme an Steuer. Sie betrug im Jahre 1830 8618 Thlr., nahm ab bis 1834, wo sie nur 5592 Thlr. betrug, und stieg dann wieder, so daß sie im verwichenen Jahre einen Ertrag von 16,233 Thlr. 24 Sgr. 5 Pf., also 8614 Thlr. 28 Sgr. mehr als bei ihrem Beginn hatte.

Aus Berlin läßt sich die Bresl. Ztg. schreiben: Die Stargard-Posener Eisenbahn, deren Aktiengesellschaft sich bekanntlich wieder auflöst, macht noch immer viel böses Blut und es ist diese Bahn recht eigentlich ein Beweis von den mancherlei Uebelständen, welche der ausschließende Privatbetrieb beim Eisenbahnwesen mit sich geführt hat. Als zu Anfang des vorigen Jahres das Projekt zur Anlegung einer Eisenbahn von Stargard nach Posen auftauchte, wurden Zeichner für dasselbe geworben. Bald darauf wurde diesen von Seiten eines provisorisch gebildeten Comité's die Anzeige gemacht, daß sie nur mit einem Theil der gezeichneten Summen berücksichtigt werden könnten, weil beinahe der dreifache Bedarf des erforderlichen Aktienkapitals zusammengebracht sei. Gleichzeitig wurden die Bedingungen der festen Theilnahme veröffentlicht und ein sofortiger erster Einschuß von 10 Procent und $\frac{1}{2}$ Procent Provision an das Comité erhoben. Als nun späterhin nach den von den Behörden veranlaßten Anschlägen das Stamm-Kapital auf $5\frac{1}{2}$ Millionen fixirt worden war, durften die Zeichner keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß diese Summe zusammengebracht, die Gesellschaft konstituirt und ihnen selbst die Mitgliedschaft in derselben gesichert sei. Statt dessen zeigte sich aber späterhin, daß jene Summe von $5\frac{1}{2}$ Millionen nie gedeckt, die Gesellschaft demzufolge auch nie konstituirt und Alles was die Generalversammlung beschlossen hatte, eo ipso null und nichtig war. Wie jenes Deficit zusammenhängt, ist noch unaufgehellt; einstweilen sind nur Vermuthungen darüber möglich, mit denen Sie nicht weiter behelligt werden sollen. Dagegen aber erwarten die Einzahler nunmehr „vertrauensvoll" daß ihnen die 10 Procent nebst $\frac{1}{4}$ Provision — $\frac{1}{4}$ rechnen sie auf Anschläge, Druckkosten ꝛc. — zurückgezahlt werden **).

Die in öffentlichen Blättern mehrfach erwähnte Allerhöchste Kabinets-Ordre an die Generalkommando's der Armee, erlassen unter dem 5. December 1845, lautet, nach der Zeitung für Preußen, also: „Mehrere Wahrnehmungen veranlassen mich, an meine Ordre vom 2. December 1841, wodurch ich die Armee auf die Nothwendigkeit habe aufmerksam machen lassen, daß die Offiziere sich vor Zerrüttung ihrer ökonomischen Lage bewahren, auf das ernstlichste zu erinnern und es insbesondere den Kommandeuren der Regimenter u. s. w. einzuschärfen, ihre Untergebenen hinsichtlich der Vermeidung des Schuldenmachens und Spielens mit der strengsten Sorgfalt zu überwachen, wie es mit zu den vornehmsten Pflichten der Truppen-Kommandeure gehört. Wenn unter Anderem, wie ich mißfällig vernommen, bei dem Mittagstische der Offiziere einiger Regimenter in ihren Speiseanstalten und bei Manövern der Aufwand einen mit den Verhältnissen nicht zu vereinigenden Grad erreicht, so erwarte ich, daß die Befehlshaber hierauf ihre besondere Aufmerksamkeit richten und diesen, so wie ähnlichen Mißbräuchen, welche zum Schuldenmachen führen, kräftig entgegenwirken werden, wobei namentlich den Offizieren stets vor

---

*) Dies sind, nach gesetzlicher Bestimmung, diejenigen, welche zur Bewachung, oder zum Gewerbe unentbehrlich sind, und die Hunde der accreditirten Gesandten, Geschäftsträger u. s. w.

**) Wir hoffen, daß unser Eisenbahn-Comité diesen Artikel berichtigen werde.

Augen zu halten ist, daß der Bruch eines Schulden wegen verpfändeten Ehrenworts die strenge gesetzliche Ahndung zur unausbleiblichen Folge haben wird. Da aber in großen Garnisonen die nöthige Ueberwachung der ökonomischen Verhältnisse der Offiziere manche Schwierigkeiten hat, so will ich den Regiments-Kommandeuren hiermit die Verpflichtung auflegen, sich zur Erreichung des Zweckes mit den Orts-Polizei-Behörden in fortdauernder Berührung zu erhalten und auf diesem Wege sich die erforderlichen Nachrichten zu verschaffen. Das Kriegs-Ministerium hat diese meine Willensmeinung der Armee bekannt zu machen."

Der Todestag Luther's wird, wie man hört, auch von den hiesigen städtischen Behörden kirchlich gefeiert werden. Besonders solenn werden die Festlichkeiten in Wittenberg sein, wohin auch wohl unser Cultusminister abgehen dürfte. Eben so sollen auch in Eisleben officielle Aufzüge stattfinden. An anderen Orten möchte es wohl mehr Sache der Kommunen und Corporationen bleiben.

Rawicz. — In der am Dienstage stattgefundenen Konferenz zwischen Ronge, Theiner, Czerski, Post und Silvester erklärte man sich mit folgenden 5 Punkten einverstanden: 1) Daß die Kirche von jeder äußeren Autorität frei sei. 2) Zur Annahme von Presbyterial- und Synodal-Verfassung. 3) Alle transcendentalen Begriffe von Dogmen sollen, als für das christliche Leben unfruchtbar, und darum überflüssig, abgeworfen werden. 4) Die Lehre und der Geist des Christenthums sollen in der Menschheit zur That und zur Wahrheit werden. 5) Die christliche Liebe soll hinfüro Gemeinde-Angelegenheit sein und durch sie sollen alle Wunden der leidenden Menschheit geheilt werden.

Breslau, den 6. Febr. Die Petition, welche vor einiger Zeit der Magistrat an Se. M. den König in kirchlichen Angelegenheiten absandte, ist jetzt abweisend beantwortet worden.

Stettin, den 7. Febr. (St. Z.) Aus dem Bericht über die Sitzung der Stadtverordneten vom 29. Januar erhellt, daß auf das an Se. Maj. den König gerichtete Immediatgesuch wegen Gestattung der Oeffentlichkeit der Sitzungen, von dem k. Ministerium des Innern der Bescheid ergangen ist, daß deswegen nur auf die jetzt publicirten Landtags-Abschiede verwiesen werden könne, um aus denselben zu erfahren, daß und weshalb Se. Majestät alle Anträge auf Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen zurückzuweisen geruht habe.

Münster, den 2. Febr. (Düss. Z.) Das zwischen einem Offizier des Husaren- und einem anderen des 13. Infanterie-Regiments schwebende Duell nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Da überdies bei der öffentlich in einer Assemblee stattgefundenen Beleidigung viele der hiesigen Offiziere Partei ergriffen haben und in die unangenehme Sache verwickelt worden sind, so scheint dieselbe von den Ehrenräthen sehr ernst behandelt zu werden.

Coesfeld (Reg.-Bez. Münster), 1 Febr. (Elb. Z.) Die Volksschule in Gescher ist schon seit einiger Zeit auf Befehl der k. Regierung geschlossen. Der in unserer Nähe in Nordvelen, von der k. Regierung installirte Schullehrer verweigert seine Vereidung; seine Gehaltszahlung ist daher sistirt, und die Schließung der Schule wird nächstens folgen.

Ausland.

Deutschland

München, den 4. Februar. In der Sitzung der Reichsräthe vom 10. Januar war der Antrag des Reichsraths Fürsten v. Wrede, die Verantwortlichkeit der k. Staatsminister und höheren Staatsbeamten betreffend, an der Tagesordnung. Auf die von Seite des ersten Präsidenten hiernach eröffneten Discussion legte der zweite Präsident einen Präliminar-Antrag auf den Präsidententisch, nachstehenden Inhalts: die Kammer wolle die Hauptberathung und die Beschlußfassung über diesen Gegenstand bis zu dem Zeitpunkte verschieben, wo Sie sämmtliche von dem Antragsteller überreichten Anträge auf Anklage und vor Gerichtstellung des Hrn. Ministers des Innern erledigt haben werde. Er bemerkte dazu: Noch nie habe die Kammer zuerst diesen Gegenstand angeregt, und heute wolle sie sich an die Spitze einer, nach seinem Bedünken die Krone tief verletzenden, Bitte stellen, einer Bitte, welche seit 27 Jahren erfolglos geblieben sei; einer Bitte, welche allerdings zur Folge haben könnte, daß Deutschlands liberale Zeitungs-Blätter mit dem Ausrufe in die Posaune stießen: Endlich fängt der Tag in der Bayerischen Kammer der Reichsräthe zu grauen an; eine Folge, welche er keineswegs herbeigeführt zu sehen wünschte. Ein zweiter Reichsrath bemerkte dazu, ihm stehe ein besonderes Recht auf den Antrag zu, er müsse sich aber doch für einen Aufschub erklären. Er äußerte dabei unter Andern: „Bei Gott! breit seien in Baiern die ständischen Befugnisse eben nicht zugemessen! Komme den Kammern nominell die Petitionirung (Antragstellung), die Anklage und die Beschwerde zu, so wisse man nur allzu gut, wie es bei näherer Besichtigung mit diesen Rechten aussehe. Von dem Loose der meisten ständischen Anträge zeugten die Landtagsabschiede, namentlich seit der Zeit der heraufbeschworenen Competenzdeutungen und des gänzlichen Nichtbeantwortens der, ministerieller Seits nicht als competent betrachteten ständischen Bitten." Der Reichsrath Fürst v. Wrede sagte: „Vor Allem müsse er sich eine Bemerkung im Gefühle seines Rechts erlauben. Schon am Schluß des Jahrs 1837 sei, durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern an die Unterbehörden, eine Weisung ergangen, welche, nach seiner Ansicht, den Leitfaden zum ganzen System, wie es bisher beobachtet worden, gebe. Das Ministerium und Hr. v. Abel hätten, durch Vereinigung des Begriffes „Regierung" mit der Person Sr. M. des Königs, als Staatsoberhaupt, jede Verantwortlichkeit von sich fern zu halten gesucht, indem es eine dahin zielende Verfügung erließ, die man den Advokaten und Unterthanen durch die Behörden eröffnen ließ. Was seither gleichsam ein usus geworden sei, werde manchem Mitgliede dieser hohen Kammer nicht unbekannt sein. Nämlich bei allen Regierungsmaßregeln, welche die Billigung des Publikums nicht erhielten, werde nur zu häufig zu verstehen gegeben oder geradezu gesagt: „Der König habe es so gewollt." In Ministerial-Rescripten würden oft mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit die deutlich zu entnehmenden eigenen Worte der k. Signate angewendet, damit Die, welche es angehe, ja gleich fühlten, aus welcher Quelle die Entschließung geflossen sei. Die Folge dieses Verfahrens sei gewesen, und noch, eine, wenn auch vielleicht nicht absichtliche, doch immer eine Depopularisirung des Namens des Königs. Diese Verhältnisse hätten seit Jahren die Aufmerksamkeit eines Jeden, der den Gang der Regierung mit Interesse betrachtet, fesseln müssen. Er fordere Jeden auf, zu untersuchen, ihm eine Handlung in seinem Leben nachzuweisen, wodurch er sich jemals gegen ein wirkliches Recht des Königs erklärt hätte. In seinem Blute liege es, selbst bis zum letzten Augenblick einen solchen Schein von sich abzuschleudern, und den König so hoch zu stellen, wie er nicht allein nach der Verfassungs-Urkunde, sondern überhaupt in dem Herzen jedes Bayern zu ehren sei. Alle Anträge über Verfassungs-Urkunde seien umsonst, wenn kein Gesetz da sei, auf welches hin sich bezogen werden könnte Er habe bereits drei Anträge übergeben, in denen er nach seiner Ueberzeugung nachgewiesen, daß gesetzliche und in der Verfassung begründete Bestimmungen verletzt worden seien. Wenn nun sein Antrag, auf Erlassung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, vertagt werden wolle, so wisse er nicht, was er weiter zu thun habe, da bis jetzt kein Strafgesetz bestehe, nach welchem gegen einen verantwortlichen Minister, im Falle einer Verfassungsverletzung, verfahren werden könnte. Alles Streben gegen einen solchen Minister wäre vergebens.

Aus dem Großherzogthum Baden. (K. Z) Der Bau des zweiten Geleises auf unserer Eisenbahn schreitet allenthalben voran, so daß dasselbe sehr bald auf den meisten Strecken benutzt werden kann. Eine Herabsetzung der Tarife für die Güterbeförderung wird im nächsten Frühlinge eintreten.

Frankreich.

Paris den 5. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer wurde die Verhandlung der Adresse fortgesetzt. Die Kammer war gestern nach Verwerfung des Amendement des Herrn Billault mit der starken Majorität von 73 Stimmen bei dem Paragraphen des Entwurfs über das Durchsuchungsrecht stehen geblieben. Ueber diesen selbst war also Entscheidung zu fassen.

Indeß schlägt Herr v. Tracy noch ein Amendement vor: an die Stelle der Worte „gehässiger Sklavenhandel" will er gesetzt wissen, „schändlicher Handel." Der Minister des Auswärtigen erklärt seine Zustimmung zu dieser Veränderung. Der 6. Paragraph wird dann mit dieser Veränderung zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Paragraph 7 kömmt an die Reihe. Er lautet: „Wir hoffen, daß Frankreich und England durch ein gemeinschaftliches Handeln, daß nur zum Zweck hat, dem Blutvergießen Einhalt zu thun und sichere und regelmäßige Handelsverbindungen wiederherzustellen, endlich den Frieden an die Ufer des La Plata zurückführen werde."

Nach kurzer Debatte läßt der Präsident über den 7. Paragraphen abstimmen, der mit großer Majorität angenommen wird. Herr Terneaux Compans beantragt und entwickelt ein Amendement, daß zwischen den Paragraphen 7 und 8 Platz erhalten soll und sich auf Madagaskar bezieht.

Paris. — Die Gereiztheit, womit die Herren Guizot und Thiers in der Debatte über das Amendement des Herrn von Remusat einander wiederum entgegentraten ist mit dem in der letzten Zeit verbreiteten Gerücht von einer nahen Aussöhnung zwischen diesen beiden Staatsmännern schwer zu vereinigen. Dennoch war die Mäßigung, die bis dahin in der Sprache des Oppositionsführers gegen den Minister sich zeugte, nicht zu verkennen, und die Rückkehr zu der früheren Leidenschaftlichkeit hat einige Verwunderung erregt. Ob jenem Gerücht etwas wahres zu Grunde lag und die anscheinende Annäherung vielleicht mit durch die Angriffe der von Herrn Thiers inspirirten Presse auf Guizot in der Universitätsfrage erst in diesen Tagen wieder rückgängig geworden, muß fürs Erste dahingestellt bleiben. Die ministeriellen Blätter sprechen indeß mit großer Genugthuung von den wiederholten parlamentarischen Siegen des Ministeriums, und das Journal des Debat hebt es besonders hervor, wie glänzend Herr Guizot seinen Gegner wiederlegt und geschlagen habe.

Die legitimischen Blätter enthalten eine der gewöhnlichen Noten des legitimistischen Comités, welche anzeigt, daß der Herzog von Bordeaux in Venedig angekommen sei und daselbst einen längeren Aufenthalt nehmen werde. Während seines Aufenthalts, sagt die Note, werden bei der Herzogin v. Berry Soiréen stattfinden, bei denen alle Franzosen, die dem Prinzen ihre Huldigungen dazubringen wünschen, ihm vorgestellt werden. Sehr viele Franzosen aus den ersten Familien seien zu diesem Zwecke bereits in Venedig eingetroffen.

Der in Ham gefangen sitzende Prinz Louis Napoleon hat ein neues Gesuch um seine Entlassung eingesendet. Er erneuerte darin sein Versprechen, sich wieder als Gefangener zu stellen. Dieses Schreiben, das hier mehrere Personen gelesen haben, berief sich auf die abschlägige Antwort des Ministers und bat den König um seine huldvolle Vermittelung. Als Antwort erfolgte ein abermaliges Schreiben des Ministers Duchatel an den Kommandanten von Ham: „Wollen Sie dem Prinzen mittheilen, daß der Ministerrath sein zweites Gesuch nicht ge-

nehmigen kann. Eine Begnadigung muß verdient, und offen nachgesucht werden." So stehen die Sachen in diesem Augenblicke. Was man von dem Prinzen will, ist: daß er ohne Rückhalt um seine volle Begnadigung anhalte und in diesem Falle würde ihm dieselbe nicht nur zugestanden, sondern ihm auch keine andere Bedingung auferlegt werden, als stets wenigstens 60 Wegstunden entfernt von den Französischen Gränzen sich aufzuhalten. Trotz alles Zuredens seiner Freunde hat sich der Prinz jedoch bis jetzt noch nicht entschlossen, diesen Schritt zu thun und ein drittes Gesuch einzureichen.

Spanien.

Madrid den 28. Jan. Es gehen Gerüchte von ministeriellen Modificationen. Man sagt, der General Narvaez würde als Botschafter nach Paris gehen; auch will man wissen, Hr. Castillo werde in Rom durch eine parlamentarische Notabilität ersetzt werden.

Großbritannien und Irland.

London den 3. Febr. Die gestrigen Verhandlungen des Parlaments bezogen sich auf untergeordnetere Gegenstände der Tages-Politik, welche indeß nicht in einzelnen motivirten Anträgen, sondern in Fragen einiger Mitglieder und den darauf erfolgten Antworten der Minister erörtert wurden. Im Oberhause beantragte Lord Kinnaird die Vorlegung eines Nachweises der Kosten, welche die Verhandlungen über Eisenbahn-Bills im Parlamente verursachten und beschwerte sich bei dieser Gelegenheit über den Umfang derselben, zumal da sie größtentheils von den Beamten als Sporteln gezogen würden. Zum Beweise erwähnte er eine Eisenbahn, deren Anlage nur 200,000 Pfd. gekostet habe, während die Verhandlung des Parlaments-Comité's über dieselbe 15,000 Pfd. absorbirte. Auf den Antrag Lord Monteagle's bewilligte Lord Aberden die Vorlegung einer Abschrift des von Sir R. Peel in seiner Rede vom 27sten v. Mts. lobend erwähnten Handels-Berichts des Amerikanischen Schatz-Secretairs, Herrn Walker, ausnahmsweise, wie der Minister bemerkte, da es nicht üblich sei, andere als diplomatische Dokumente fremder Regierungen vorzulegen. — Im Unterhause brachte Sir Charles Napier die Angelegenheit des Konsul Pritchard zur Sprache und fragte, ob mit der Französischen Regierung eine definitive Vereinbarung über die Entschädigungs-Forderung desselben getroffen worden sei? Sir R. Peel erklärte, daß der Entschädigungs-Anspruch nicht mehr in Frage stehe und von der Französischen Regierung, dem Prinzipe nach, auch bereits anerkannt worden sei. Die Flotten-Befehlshaber beider Nationen im Stillen Meere, Sir George Seymour und Admiral Hamelin, seien beauftragt worden, gemeinschaftlich die Forderung zu untersuchen; da indeß in den eingereichten Rechnungen des Konsul Pritchard einige Punkte nähere Aufklärung erfordert hätten und Herr Pritchard mittlerweile nach den Navigator-Inseln versetzt worden sei, so habe die Sache einigen Aufschub erlitten; sie werde indeß ohne Zweifel bald erledigt sein. — Herr Sidney Hebert, der Kriegs-Sekretair, erklärte auf eine Anfrage des Herrn Duncombe in Betreff des beabsichtigten neuen Gesetzes über den Milizdienst, daß die Regierung keinesweges im Willen habe, die Miliz zu mobilisiren, sondern nur sämmtliche dahin bezügliche Gesetze in eines zusammenzufassen und zu verbessern und dann gelegentlich die Miliz zu einer Waffenübung aufzubieten. Man möge sich deshalb alle etwa zur Mobilisirung nöthigen Kosten und Vorbereitungen ersparen.

In einer kürzlich zu Liverpool abgehaltenen Versammlung des dortigen ostindisch-chinesischen Vereins beklagte Herr Nicol, daß Sir R. Peel nicht den Theezoll ermäßigt habe, was jedenfalls zweckmäßiger gewesen wäre, als die Zoll-Erleichterung für so viele unbedeutende Gegenstände, aus welcher mehr Schlimmes als Gutes erwachse. In China seien die Englischen Erzeugnisse nur sehr niedrig, in Rußland aber sehr hoch besteuert, und dennoch sei Rußland begünstigt worden. Als Grund für die Zoll-Aufhebung von Branntwein und anderen geistigen Getränken führe der Minister an, daß sie eingeschmuggelt würden; indem er aber die geistigen Getränke wohlfeiler mache, werde er das Volk verleiten, dieselben statt des Thees zu trinken, was die schlimmsten Folgen haben müsse, während umgekehrt ein stärkerer Theeverbrauch, wie ihn die Zoll-Ermäßigung sicher herbeiführen werde, nur die heilsamsten sittlichen Wirkungen üben könne. Die Versammlung war einmüthig der Ansicht, daß eine Herabsetzung der Theezölle um 1 Sh. pro Pf. das Staatseinkommen durchaus nicht benachtheiligen würde, weil der weit stärkere Verbrauch den Zoll-Ausfall gewiß vollkommen decke. Am Schlusse wurde eine Deputation ernannt und beauftragt, der Regierung die geeigneten Vorstellungen zu machen und auf Ermäßigung der Theezölle zu dringen.

Ein Blatt von Lancaster meldet, daß viele arme Familien statt der Kartoffeln, die jetzt pro acht Pfund $7\frac{1}{2}$ Pence kosten, Schwedische Rüben essen, die um 2 Pence zu haben, aber freilich wenig nahrhaft sind.

Die Ev. Post sagt, daß Lord Stanley der Führer der Schutzmänner im Oberhause sein werde. Man berechnet, daß Sir R. Peel seine Maßregeln mit 60 Stimmen Mehrheit im Unterhause durchführen werde; die meisten irischen Conservativen werden auf seiner Seite stehen. Von allen bespochenen Entlassungsgesuchen soll nur wahr sein, daß die Lords Hardwick, Granby und Exeter aus der Verwaltung treten.

Der Globe bemerkt en seinem City-Artikel, daß der Zollvereins-Kongreß wegen der erwarteten Zollermäßigungen in England verschoben worden sei, und der k. preußische Gen.-Steuer-Direktor Kühne im Fall der Aufhebung der Getreidegesetze auch wichtige Reformen beantragen wolle.

Gestern Morgen hatten sich über 1000 Personen, Jeder mit einem Tische u. s. w. versehen, an den Ecken der Hauptstraßen aufgestellt, um Unterschriften zu einer Petition an das Unterhaus behufs unverzüglicher und gänzlicher Abschaffung der Korngesetze zu sammeln.

Die in voriger Woche eingegangenen Berichte über Verluste zur See sind niederschlagend. Mehrere Amerikanische Packetboote sind im atlantischen Meere mit Mann und Maus untergegangen. Auch soll ein aus Liverpool abgegangenes Schiff mit Auswanderern am Eingange der Baßstraße gänzlich verunglückt und 414 Menschen ertrunken sein.

Die Kartoffelkrankheit macht immer noch Fortschritte in Irland, und zum 1. Mai werden alle vorhandenen Vorräthe aufgezehrt sein.

Wieder zwei neue Uebertritte hochkirchlicher Geistlichen, des Vikars Formby und Hrn. Burder, zur katholischen Kirche. Es sind nun etwa 100 Personen in den letzten Monaten übergetreten, darunter an vierzig Geistliche.

Italien.

Rom, den 24. Januar. (A. Z) Von mehreren hohen Beamten wird jetzt dem Gerüchte widersprochen, als beabsichtige die Regierung eine Vermehrung der Schweizer-Truppen, weil sie bei dem Vorfall in Rimini gesehen haben, daß sie sich auf die vorhandenen Streitkräfte nicht mehr verlassen könne. Es ist diese Angelegenheit allerdings in einer Congregation zur Sprache gekommen, indeß wurde nur beschlossen, die beiden in päpstlichem Solde stehenden Schweizer-Regimenter zu vervollständigen.

Schweiz.

Luzern. Ueber die Frage, ob der an Großrath Leu verübte Mord ein politischer sei oder nicht, sagt der Untersuchungsrichter Ammann: „Die Untersuchung, ohne lieblos den Mord allen Farbetragenden einer Partei zuzuschreiben, aber auch nicht ängstlich vor dem Gebrülle der radikalen Blätter, hat bereits ein entscheidendes Resultat errungen. Die That ist ein politischer Mord." Herr Ammann weist dabei im allgemeinen auf die Rohheit und Verwilderung hin, welche das Freischaarenwesen zugleich als Ursache und als Wirkung begleiteten, er erwähnt aber auch noch folgende Thatsachen: „Es ist Thatsache, daß die fulminantesten Radicalen des gemeinen Gelichters — worunter der berüchtigte und nunmehr bei einigen seiner Leute wegen seiner Gemeinheit verachtete, von der „St. Galler-Zeitung" aber in ihre Höhe gehobene Lieutenant Aufdermauer — den Plan gefaßt hatten, den Großen Rath in jener Sitzung, in welcher die Jesuitenberufung definitiv entschieden wurde, zu überfallen und die mißbeliebigsten Räthe zu ermorden Ein Dutzend Soldaten, welche in einem Zimmer neben der Tribune aufgestellt waren, schreckte die Helden. Es ist Thatsache, daß sodann verabredetermaßen die Luzerner Gesandschaft auf der Straße zwischen der Sihlbrücke und Horgen bei ihrer Reise an die Tagsatzung nach Zürich im letzten Frühjahr durch herabgelassene Steine in einen Abgrund hatten gestürzt werden sollen, wobei nicht blos die gehaßten Siegwart und Meier, sondern wohl auch der Gesandschaftskutscher und Bediente unfehlbar verunglückt wären. Vor diesem schaudervollen Morde sicherte nur die Wachsamkeit der Zürcherischen Polizei, welche auf erhaltene Kunde ein Detachement Landjäger an Ort und Stelle abgesendet hatte. Es ist Thatsache, daß in Zürich der Plan gefaßt worden ist, dem Herrn Siegwart oder einem andern ein Kind zu stehlen und es als Geißel zu behalten. Es ist Thatsache, daß eine Verschwörung angezettelt wurde, den Herrn Leu auf der Straße wegzuheben und ihn an einem Orte im Kanton Aargau gefangen zu halten, um den Drohungen gegen Herrn Siegwart und Meier mehr Gewicht geben zu können. Der Holzhändler Lustenberger mochte nur darum nicht ans Werk schreiten, weil die Antwort vom Lehrer Dulla über das wo und wie Leu versorgt werden sollte, keine sichere Auskunft ertheilen konnte. Allerdings wäre dieser Plan schwierig auszuführen gewesen; schon die Gefangennehmung des baumstarken, unerschrockenen Leu's hätte wohl ein halbes Dutzend Freischärler nöthig gemacht; auch wäre die Verwachung nicht so leicht gewesen. Darum mußte dieser Plan unausgeführt bleiben und das Mittel des Mordes gewählt werden. Es ist ferner Thatsache, daß nicht blos gegen Leu lebensgefährliche Drohungen ausgestoßen und Mordversuche gemacht wurden. Es liegen bei den Akten drei Zeugenaussagen, welche bekundschaften, theils wie sie von Verabredungen zum Morde Siegwart's gehört, theils wie ein vermummter Fremder zum drittenmal in dem Stallhofe des Lohnkutschers Sidler, nahe an der Hausthür des Hrn. Siegwart, zur Nachtzeit getroffen und verjagt worden sei und zwar das erstemal in der gleichen Nacht, in welcher Leu verblutete." — Endlich seien auch die Drohbriefe, von denen einige Muster angeführt worden, bezeichnend als Ausflüsse einer Rohheit, die bei einer Klasse von Menschen allgemein sein kann, ohne daß gerade ein sichtbares Complott unter ihnen bestehen müßte. Durch Geld wurde Müller zur Ausführung des Mordgedankens getrieben. „Wer jene gewesen seien, (so schließt Hr. Ammann) die das Blutgeld zusammenlegen wollten, wird ein späterer Aktenbericht und die gedruckten Akten in allen Theilen enthüllen, wenn die übelverstandene Sympathie uns in manchen Beziehungen auch noch fortwährend hindern sollte. Dann aber werden die Akten wieder reden, durch wen und wodurch wir gehindert worden sind."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

London, den 3. Febr. (B. H.) Das Paketschiff „Yorkshire" ist heute Morgen nach $15\frac{1}{2}$-tägiger Fahrt in Liverpool angekommen und bringt Nachrichten aus New-York vom 18. Januar. In der Oregon Frage war noch keine Entscheidung im Kongresse erfolgt, wiewohl die Frage im Repräsentantenhause fortwährend debattirt wurde. Dagegen hatte im Senate eine Abstimmung stattgefunden, deren Resultat den Aussichten auf Erhaltung des Friedens nicht unwe-

(Beilage.)

sentlich Vorschub leistet. Hr. Allen hatte nämlich im Senate eine gemeinschaftliche Resolution für beide Häuser beantragt, durch welche die bekannte Erklärung der Jahresbotschaft des Präsidenten, daß keine Europäische Macht in Amerikanischen Angelegenheiten zu interveniren habe, als Grundsatz von Seiten des Kongresses anerkannt und adoptirt werden sollte.

Aus Meriko sind neuere Nachrichten eingegangen, wie es scheint aus der zweiten Hälfte des Monats December (denn sie sind mit dem am 2. Januar von Veracruz in Pensacola angekommenen Amerikanischen Kriegsschiffe „St. Mays" eingetroffen), welche neue Verwickelungen in Aussicht stellen. Herr Slidell, der Gesandte der Vereinigten Staaten, soll nämlich entweder geradezu insultirt oder doch nicht offiziell empfangen worden und eine neue Umwälzung im Werden sein, deren Urheber den Kampf mit den Vereinigten Staaten zum Prinzip gemacht haben. Auch erfährt man aus Texas, daß ein Theil der Truppen der Vereinigten Staaten nach dem Rio del Norte vorgerückt ist.

Vermischte Nachrichten.

Posen. — Die bisherige im Allgemeinen milde Temperatur war für die ärmere Volksklasse, welche bei starker Kälte und den beträchtlich gestiegenen Holzpreisen sehr gelitten haben würde, äußerst wohlthätig. Nicht minder war die Witterung für die Landwirthe günstig, indem das Vieh länger als gewöhnlich auf die Weide getrieben werden konnte, und dadurch bedeutendes Rauchfutter erspart wurde, woran sich in einigen Gegenden des Departements Mangel zeigt. Der Gesundheitszustand war dabei im Allgemeinen sehr erfreulich, und die Sterblichkeit nur gering. — Eines unnatürlichen Todes starben in den beiden letzten Monaten im Posener Regierungs-Bezirk überhaupt 39 Personen. Von diesen ertranken 9 Personen, 5 endeten ihr Leben durch Selbstmord, 14 starben in Folge körperlicher Verletzungen, namentlich auch von Brandwunden, 11 wurden auf Straßen und Wegen todt gefunden. Der Gesundheitszustand unter den Hausthieren ist sehr befriedigend. — Feuersbrünste haben in derselben Zeit im Departement 17 stattgefunden, wodurch 7 Wohnhäuser, 13 Stallgebäude, 14 Scheunen, 1 Windmühle und 1 Brennerei ein Raub der Flammen geworden sind. Zwar sind zum Theil Futtervorräthe und Getreide mit verbrannt, doch ist der Schaden im Allgemeinen nicht beträchtlich zu nennen. Beklagt muß aber werden, daß auch 2 Kinder dabei ihr Leben eingebüßt haben. In einigen Kreisen scheint die sehr mittelmäßige Erndte einen großen Nothstand nicht herbeigeführt zu haben, weil sich dort im Allgemeinen der Wohlstand bei den Einsassen, namentlich bei den Einwohnern in früheren Jahren gehoben hat. Dagegen herrscht in anderen Kreisen, welche unfruchtbaren Boden haben, und wo die Landes-Cultur keine erheblichen Fortschritte gemacht hat, eine große Noth. Die kleinen Grundbesitzer haben schon jetzt ihre Getreidevorräthe verkauft, auch sind die Futtervorräthe beinahe aufgezehrt, so daß der nächsten Zukunft mit Besorniß entgegen gesehen werden muß, wenngleich die Preise der Lebensmittel in der letzten Zeit nicht mehr gestiegen, vielmehr zum Theil wieder gefallen sind. Sollte außerdem noch starker Frost eintreten, so würden bei den hohen Preisen des Brennmaterials die unteren Volksklassen großer Noth preisgegeben werden. — Die Landes-Cultur hat sich während des verflossenen Jahres in mehreren Gegenden auch bei dem Polnischen Landmanne sehr gesteigert. Die milde Witterung gewährte dem Landmanne die gehörige Muße zur Winterbestellung und ist der Stand der Saaten sehr gut zu nennen. Die Kartoffelkrankheit, welche sich nur in einigen Kreisen, und von Bedeutung nur im Krotoschiner Kreise gezeigt hatte, scheint überall verschwunden zu sein. — Was die Pferdezucht anbelangt, so sind im Jahre 1844 von 52 Landbeschälern 2310 Stück Stuten gedeckt worden. Von letzteren sind 937 Stück güste geblieben, dagegen 1309 tragend geworden, und sind nach den geführten Listen im Jahre 1845 1190 Stück lebendige Fohlen gefallen. Ein erheblicher Fortschritt gegen die früheren Jahre ist hierbei nicht sichtbar. — Zum Besten der Polnischen Kleinkinder-Bewahranstalt hat unlängst im hiesigen Theater durch Dilettanten aus den vornehmeren polnischen Familien eine Vorstellung stattgefunden, deren Ertrag sehr reichlich ausgefallen ist. — Der erst kürzlich in der Stadt Posen gebildete Verein für Rettung aus Feuersgefahr hat eine Menge praktischer Rettungs-Utensilien angeschafft, und beabsichtigt, dieselben noch zu vermehren. Die Mittel dazu haben der hiesige Magistrat und mehrere hier vertretene Feuer-Versicherungs-Gesellschaften mit großer Bereitwilligkeit hergegeben. — Der Rittergutsbesitzer Herr v. Wierzbinski im Krotoschiner Kreise hat dem Magistrat zu Kozmin 4 Klaftern eichenes Holz zur Vertheilung an die dortigen Armen ohne Rücksicht auf die Confession überwiesen. — In Schroda ist am 14. December v. J. ein Concert von Dilettanten gegeben worden, dessen Ertrag zur Gründung einer Kleinkinder-Bewahranstalt bestimmt ist. — In Kempen haben zur Abwehr der dringendsten Noth die wohlhabenden Christen und Juden Geldbeiträge aufgebracht, und zwar die Ersteren 50 Rthlr., die Letzteren dagegen 200 Rthlr. — Die Gräfin Mielzynska zu Miloslaw, im Wreschener Kreise, hat dem größten Theile der dortigen christlichen ärmeren Einwohner gestattet, sich allwöchentlich das nöthige Brennholz aus ihren Forsten unentgeldlich zu holen, hat auch mehrere Klaftern Holz selbst anfahren und vertheilen lassen. Außerdem hat dieselbe mehrere Kinder mit Winterbekleidung versehen und nicht unbedeutende Geld-Unterstützungen gewährt.

(Berlin.) — Ich mache auf eine neue Einrichtung, die sonst leicht übersehen werden dürfte, aufmerksam. Unsere Zeitungen verkünden seit einigen Tagen nicht blos vorn, sondern auch hinten, daß sie bei Voß und Spener erscheinen. — Man klagt immer über die Censoren, nun haben die Herren Ernst, Basse und Schulze in Quedlinburg gewiß auch mehr als einmal Klage über die Censur erhoben und sich dabei höchst unwillig gerirt. Jetzt hören Sie aber, vielleicht auch mit Erstaunen wie ich, daß diese Herren, mit der Stattscensur noch nicht zufrieden, eine Censur auf eigene Hand gestiftet haben. Sie haben nämlich von der letzten Nummer des hier erscheinenden Volksvertreters, welcher ihnen einen Hieb gab, 140 Exemplare, den ganzen Absatz in Quedlinburg, zurückgeschickt und dabei geschrieben, daß sie dieselben nicht debitiren würden. Man weiß noch nicht, wer nun den Volksvertreter in Quedlinburg vertreten wird.

Münster. — Es soll auf dem hiesigen Domhofe ein Brief gefunden sein, der ein ergreifendes Flehen der Proletarier um Arbeit, begleitet von einer furchtbaren Drohung an den Magistrat im Nichtgewährungsfalle, ausgesprochen.

Der Professor Hengstenberg hat von Seiten der theologischen Fakultät in Erlangen eine Zuschrift erhalten, wodurch ihn dieselbe ihrer vollsten Anerkennung und Hochachtung, ihrer Theilnahme in Betreff der Anfechtungen, welche er zu ertragen habe, und deren Schmach sie gern mit ihm auf sich nehmen wolle, wie ihrer Uebereinstimmung mit ihm in dem, was er den protestantischen Freunden und Protesten gegenüber vertreten, versichert.

Herr Guillernon, ein Französ. Ingenieur, hat den riesenhaften Vorschlag gemacht, eine Eisenbahn durch Frankreich, von Toulon nach Cherbourg, zu bauen, um darauf eine ganze Flotte von einem Hafen zum anderen transportiren zu können. — Der Zweck ist, die Nothwendigkeit, Gibraltar zu passiren, aufzuheben, was allerdings, im Fall eines Krieges mit England, sich sehr unbequem erweisen möchte.

Ueber dem Niagara-Fall wird, wie Englische Blätter berichten, eine Hängebrücke projektirt, welche die Canadische Eisenbahn mit dem Territorium der vereinigten Staaten verbinden soll. Herr Ellet, der Architekt, schätzt die Unkosten auf 43,200 Pfd. St., und ist erbötig, selbst 4320 Pfd. St. zu zeichnen.

Als am Eröffnungstage des Parlaments Sir A. Clifford (der Ceremonienmeister mit dem schwarzen Stabe) nach den Zimmern im Parlamentsgebäude ging, wo er in einer Schublade seine massive goldene Kette eingelegt, fand er dieselbe aufgebrochen und die Kette geraubt. Sie war 26 Zoll lang und 60 Unzen schwer.

Wie man vernimmt, hat der Minister Rother in Cöthen eine Zusammenkunft mit dem Baron v. Rothschild aus Frankfurt a. M. gehabt, um darüber zu berathen, wie den Finanzverlegenheiten Anhalt-Cöthens abzuhelfen sei. Bekanntlich war das frühere Projekt einer Rothschild'schen Anleihe für das Herzogthum an dem Umstande gescheitert, daß die Agnaten des Anhaltschen Fürstenhauses ihre Zustimmung dazu nicht ertheilen wollten. Ob es möglich gewesen, dafür ein Auskunftsmittel zu finden, muß die nächste Zukunft lehren, da die Finanzverhältnisse in Cöthen von der Art sein sollen, daß nothwendig bald etwas Entscheidendes geschehen muß.

England zählt bei einer Gesammtbevölkerung von 18,844,434 Personen, 3,110,376, die beim Handel und in den Fabriken beschäftigt sind. In den Nordamerikanischen Freistaaten beläuft sich die Zahl nur auf 909,356 Personen, während der Ackerbau 3,719,951, dir Bergwerke 50,000 Personen beschäftigen. In England war seit 1831 die Zahl der ackerbauenden Bevölkerung in steter Abnahme.

Jena. — Jetzt hat man die sonst unglaubliche Erfindung zu Etienne gemacht, das weiße, durchsichtige Glas im kalten Zustande zu hämmern. Der Erfinder giebt der Masse den Namen Silicon; er hat Proben seiner Erfindung auf dem Stadthause daselbst aufgestellt. Das Glas ist völlig weiß, so durchsichtig wie Krystall und kann dann so gerollt und flach gewalzt und gehämmert werden, wie irgend ein Metall.

Den neuesten aus Peking erhaltenen Nachrichten zufolge, soll der Kaiser von China eine Proklamation erlassen haben, kraft welcher keiner der im Laufe des vergangenen Jahres zum Tode verurtheilten Verbrecher hingerichtet werden soll. — Um sich aber, fügt das, die obige Nachricht enthaltende, Englische Blatt hinzu, diesen Akt der Milde gehörig zu erklären, muß man wissen, daß, einem in China seit undenklichen Zeiten bestehenden Gebrauch zufolge, der Kaiser vor der Unterzeichnung eines Todesurtheils sich ein dreitägiges strenges Fasten auferlegen muß, so daß also die Anforderungen der kaiserlichen Gastronomie mehr, als die der Menschlichkeit die Triebfeder zu der erwähnten Milde gewesen zu sein scheinen.

Ueber die Construktion der neu erfundenen hydraulischen Uhr theilt der „Dundee Warder" Folgendes mit: An der Achse des Kronrades ist ein kleines, in der Gestalt einem oberschlächtigen Mühlrade ähnliches Rad befestigt, auf welches die bewegende Kraft, ein alle Secunde fallender Tropfen Wasser, wirkt. Ein Pendel erhält die Bewegung vollkommen gleichmäßig, die übrige Maschinerie ist höchst einfach. Diese Uhr braucht nicht aufgezogen zu werden, und verursacht, wegen der geringen Friction, nur höchst selten Reparaturkosten. Sie giebt die Zeit mit der größten Genauigkeit an und eignet sich, ihres eleganten Aeußeren wegen, sehr gut für öffentliche und Privatgebäude, Bahnhöfe ꝛc. Diese wichtige Erfindung ist jetzt durch eine Parlaments-Acte registrirt worden.

Der Kegel des Vesuvs nimmt auf geräuschlose Weise an Höhe täglich zu und foppt das ausbruchlustige Publikum nun schon seit sieben Jahren. Am ganzen nördlichen Abhang der Abruzzen, bis Loretto hinauf kommen Erderschütterungen vor. Der Winter ist im Allgemeinen bis jetzt mild.

Musikalisches.

Fräulein Babnigg als „Lucia di Lammermoor".

Die Theilnahme für dieses Gastspiel, das die Sängerin mit obiger Rolle vor einer ziemlich zahlreichen Zuhörerschaft und mit dem entschiedensten, in wahrhaft enthusiastischer Aufnahme und gesteigerten Beifallsbezeigungen sich kundgebenden Erfolge eröffnete, — diese wachsende Theilnahme ist ein abermaliger Beweis, daß es nur einer flüchtigen Anzeige bedarf, um den Sinn der Theaterbesucher aufs neue zu beleben. In der That vereinigen sich auch in der Stimme des Fräul. Babnigg Vorzüge, die man sonst nur vereinzelt hin und wieder antrifft: bedeutender Umfang, Kraft, Fülle, Schmelz, gleichmäßig technische Ausbildung und ein seltener, selbst in den höchsten Tonlagen sie nie verlassender Wohllaut, der stets im Innern wiedertönt; und über Alles dieses schwebt der Geist des Ausdrucks, ein Vortrag, der die Seele mit unwiderstehlicher Gewalt ergreift und mit sich fortreißt. Ich erinnere nur anführungsweise an die 1. Arie im ersten, und an die Wahnsinns-Scene im dritten Akte, in der sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel (z. B. Tonleitern, die sie auf drei verschiedenen Stufen auf- und absteigend einsetzte, welches ihr gewiß nur wenige Sängerinnen nachmachen werden, u dergl. m.), ich sage — Mittel, so unnachahmlich entfaltete und mit ihrem tiefdurchdachten Spiel stets zu unterstützen wußte. — Allgemeiner Hervorruf am Schlusse der Oper sollte ihr einen wiederholten Beweis der herzlichsten und freudigsten Aufnahme geben, dem aber die geehrte Sängerin leider nicht nachzukommen vermochte, weil die kalte und zugige Luft, welche auf dem Theater aus allen Winkeln, von oben und unten hervorströmt, ihren zarten Körper zwang, gleich nach Beendigung ihrer letzten Scene nach Hause in die erquickende Wärme zu eilen, aus welchem Grunde man auch das Nichterscheinen des so liebgewordenen Gastes gewiß entschuldigen wird.

Fräul. Babnigg tritt heute Donnerstag in der „Regimentstochter", Sonntag als „Rosine" im „Barbier von Sevilla" auf, und haben wir noch die Hoffnung, sie in „Templer und Jüdin" zu bewundern, welche Oper im Laufe der nächsten Woche aufgeführt wird. Darf man schließlich einen Wunsch aussprechen, so sei es der, daß Hr. Procop sich in seiner Stimme doch mehr mäßigen möchte, sie kann dadurch nur gewinnen *)

Kambach.

*) Wir stimmen dem Herrn Kambach vollkommen bei, wiewohl wir glauben, daß Herr Procop einzelne Nummern sehr brav vorgetragen hat. Eben so müssen wir hinzufügen, daß die Leistung des Herrn Fischer, wie sie es auch nicht anders verdiente, und die des Herrn Correggio vom Publikum recht beifällig aufgenommen wurden.

Red.

Stadttheater zu Posen.

Donnerstag den 12. Febr. zweite Gastdarstellung des Fräuleins E. Babnigg, Königlich Sächs. Hof-Sängerin. Marie, oder: Die Tochter des Regiments; komische Oper in 2 Akten, Musik von Donizetti. (Marie: Fräulein Babnigg,) — Hierauf: Die Kinder des Regiments, oder: Der Invalide; Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen von Blum. (Manuscript.)

Bei E. Günther in Lissa ist so eben erschienen und bei **Gebrüder Scherk** in Posen vorräthig:

Historisch-statistisches Bild der Stadt Posen

in früheren Zeiten. Bearbeitet nach dem polnischen Werke des J. v. Lukaszewicz. 1s Heft.

Preis 7½ Sgr

Bekanntmachung.

Am 26sten Februar c. Vormittags 10 Uhr sollen vor dem Civil-Supernumerarius Sachweh in unserm Controll-Lokale circa 40 Centner Amtsblätter, nach den Umständen im Ganzen, oder auch in einzelnen Parthien, zum beliebigen Gebrauch gegen baare Zahlung versteigert werden, wozu wir Kauflustige mit dem Bemerken einladen, daß die Bedingungen im Licitations-Termine werden vorgelegt werden.

Posen, den 29. Januar 1846.

Königl. Regierung. Abtheil. des Innern.

Bekanntmachung.

Die polizeiliche Verordnung vom 16ten Februar 1838, wonach im Frühjahr das Abraupen der Bäume vorgenommen, und dabei hauptsächlich auf die Vernichtung der Bork- und Ringelraupen hingewirkt werden soll, wird den hiesigen Gartenbesitzern zur genauesten Befolgung und mit dem Bedeuten in Erinnerung gebracht, daß diejenigen, welche obiger Verordnung vom 15. Februar c. ab nicht binnen 6 Wochen Folge leisten, in eine Strafe von 1 bis 5 Thlr. verfallen.

Posen, den 3. Februar 1846.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Hirsch.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Ober-Präsidenten soll die dem Institute der barmherzigen Schwestern hierselbst gehörige und im Hofe des Karmeliterklosters belegene Scheune nebst Land-Parzelle, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Es ist dazu ein Termin auf den 28sten März 1846 Nachmittags 4 Uhr vor dem Polizei-Secretair Herrn Heyer im Konferenz-Zimmer des Polizei-Directorii anberaumt, zu welchem Kauflustige hierdurch mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die Verkaufs-Bedingungen nebst Taxe in der diesseitigen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden können.

Posen, den 5. Februar 1846.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Hirsch.

Bekanntmachung.

Zur Straßenpflasterung sollen ungefähr 100 bis 150 Schachtruthen Pflastersteine im Laufe dieses Frühjahres bis zum Monate Mai durch den Mindestfordernden geliefert werden.

Wir haben einen Licitationstermin auf den 23sten d. Mts. in unserem Sitzungssaale anberaumt, und laden Lieferungslustige zu demselben hiermit ein.

Die Bedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 5. Februar 1846.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen, den 22sten November 1845.

Das der Friederike Helene Charlotte Wilhelmine v. Kozierowska geb. Freiin von Kottwitz und der Friederike Vandelow geb. Freiin v. Kottwitz gehörige Grundstück No. 27/28 hierselbst, abgeschätzt auf 5572 Rtlr. 1 Sgr. 7½ Pf, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17ten Juli 1846 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des für den hiesigen Festungs-Bau pro 1846 erforderlichen Bauholzes verschiedener Art, soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden verdungen werden

Die Lieferungslustigen haben zu dem Ende ihre Anerbietungen bis

Mittwoch den 18ten Februar 1846 Morgens 9 Uhr

versiegelt unter Vermerk des Inhalts, einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung derselben, in Gegenwart der sich einfindenden Submittenten, im Bureau der Festungsbau-Direktion erfolgen, und mit dem Mindestfordernden, insofern deren Anerbietungen überhaupt annehmlich erscheinen, unter ausdrücklichem Vorbehalt der Genehmigung des Königl. Allgemeinen Kriegs-Departements, die erforderlichen Kontrakte abgeschlossen werden sollen. Abschriften der Uebersicht von den zu liefernden Hölzern, auf welchen zugleich die Lieferungs-Bedingungen angegeben sind, sind in dem gedachten Bureau unentgeldlich zu bekommen, und können zugleich zu den einzureichenden Submissionen benutzt werden.

Zugleich wollen die Submittenten angeben, welche verschiedene Hölzer und zu welchem Preise im Laufe des Jahres auf ihren Holzplätzen stets zu haben seyn werden, um den laufenden Bedarf, insoweit derselbe sich jetzt noch nicht im Voraus angeben läßt, von den Mindestfordernden zu entnehmen. Anerbietungen in unbestimmten Zahlen und Nachgebote, sowohl schriftliche als mündliche, werden nicht angenommen, es sei denn, daß die Festungsbau-Direktion es für nothwendig erachten sollte, über einzelne Gegenstände der eingegangenen Submissionen ein öffentliches mündliches Licitations-Verfahren folgen zu lassen.

Posen, den 6. Februar 1846.

Königl. Festungs-Bau-Direktion.

Niechlód.

Wer an die auf Niechlód Kreis Fraustadt, Rubrica III. No. 2. für die Francisca Schrammin eingetragenen 300 Rthlr. nebst Zinsen, Rechte noch zu haben vermeint, wird aufgefordert, sich bei mir, als Bevollmächtigten der Gutsbesitzerin, zu melden.

Posen, den 21. Januar 1846.

Krauthofer,

Justiz-Kommissarius.

Bekanntmachung.

Eine Papiermühle und eine Walkmühle, beide nahe bei Obrzycko belegen, welche hinsichts ihrer Räumlichkeiten, neben ihren ursprünglichen Zwecken, auch die Anlegung von Mahl- und resp. Oel-Gängen gestatten, sind von dem unterzeichneten Bevollmächtigten in Gay bei Samter zu verpachten.

M. Arnous.

Für Ziegelmeister.

Zu dem Betriebe der Ziegeleien in den hiesigen Gütern werden noch drei Ziegelmeister gesucht. — Zwei dieser Ziegeleien sind zur jährlichen Anfertigung von 3 bis 500,000 Dach- und Mauersteinen eingerichtet. Es können daher mit guten Zeugnissen versehene Individuen, die auch in anderer Hinsicht für die Ausführung ihrer zu übernehmenden Verpflichtungen Garantie leisten können, eine sehr gute Erwerbsquelle hier finden, da besonders das Quantum ihres Lohnes sich mit der Mehrzahl des verfertigten Ziegeleiprodukts bedeutend steigern soll.

Das Dom. Smogulec und Gollanz.

E Schreiber.

Nur schöne Pfannkuchen sind zu haben in der Hamburger Kuchenbäckerei bei

Adolph Köhler,

Garten- und Bäckerstraßen-Ecke No. 286.

Sonnabend den 14ten d. M.:

Letzte große Redoute

im Saale des Bazar.

Billets zu den bekannten Preisen sind in der Buchhandlung der Herren Gebrüder Scherk zu haben.

Ergebenste Einladung

Bornhagen.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel

Den 9 Februar 1846.	Zins-Fuss	Preus. Cour Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	97⅔	97¼
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	87⅔	87¼
Kurm. u. Neum. Schuldverschr.	3½	96¼	95¾
Berliner Stadt Obligationen	3½	98½	98
Danz. dito v. in T.	—	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	96¼
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4		102¾
dito dito dito	3½	95	—
Ostpreussische dito	3½	—	97⅜
Pommersche dito	3½	98⅛	97⅝
Kur- u. Neumarkische dito	3½	—	98½
Schlesische dito	3½	—	97½
dito v. Staat. g. Lt. B.	3½	96¼	—
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Thlr	—	11⅓	11
Disconto	—	4½	5½
Actien.			
Berl. Potsd. Eisenbahn	5	—	—
dto dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto dto. Prior. Obl.	4	—	—
Berl. Anh. Eisenbahn	—	117	116
dto. dto Prior. Oblig.	4	100¼	—
Düss. Elb. Eisenbahn	5	94	93
dto dto Prior. Oblig.	4	97¾	97¼
Rhein. Eisenbahn	—	—	86
dto dto. Prior. Oblig.	4	98¼	—
dto. vom Staat garant.	3½	—	—
Ob. Schles. Eisenbahn Lt. A.	4	—	—
do do. Prior.-Obl.	4	—	—
do. do. Lt. B.	—	100	—
Brl.-Stet. E. Lt. A und B.	—	117¾	116¾
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	100½	99½
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	
dito. dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Bonn Kölner Eisenbahn	5	—	—
Niedersch. Mk. v. c.	4	99½	98½
do. Priorität	4	98¾	98¼